

# Öffentliche Konsultation zum „Vorschlag zur Einführung eines Dienstleistungspasses und zum Abbau regulatorischer Hindernisse in der Bau- und Unternehmensdienstleistungsbranche“

Mit \* markierte Felder sind Pflichtfelder.

## Einleitung

---

Mit der [Binnenmarktstrategie](#) wurden verschiedene Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Binnenmarkts für Dienstleistungen angekündigt. Im Mittelpunkt dieser öffentlichen Konsultation stehen folgende miteinander verknüpfte Maßnahmen:

1. Initiative zur Einführung eines Dienstleistungspasses für wirtschaftliche Schlüsselbranchen;
2. Maßnahmen zum Abbau regulatorischer Hindernisse für wichtige Unternehmensdienstleistungen und Bauleistungen;
3. Maßnahmen zu Versicherungsvorschriften für die Erbringer von Bauleistungen und Unternehmensdienstleistungen.

Zur Branche der **Unternehmensdienstleistungen** gehören freiberufliche Tätigkeiten sowie Informations- und Unterstützungsleistungen, wie Dienstleistungen in den Bereichen Rechnungswesen, Architektur und Ingenieurwesen. Im Mittelpunkt dieser Konsultation im Bereich **Bauleistungen** stehen die Bauunternehmer (sowohl General- als auch Subunternehmer) aber auch Bauträger, die das erbaute Gebäude letztendlich veräußern, jedoch Bauunternehmer mit der Durchführung der tatsächlichen Arbeiten beauftragen.

Die **Dienstleistungsrichtlinie** von 2006 deckt eine breite Palette von Branchen wie Groß- und Einzelhandel, Tourismus, Unternehmensdienstleistungen sowie Bauleistungen ab. Sie schließt jedoch Sektoren wie Finanzdienstleistungen, netzgebundene Wirtschaftszweige und das Gesundheitswesen aus. Gerade weil die Dienstleistungsrichtlinie einen solch breiten Geltungsbereich hat, hat sie mit Sicherheit zu einer Modernisierung der Wirtschaft in einer Vielzahl von Branchen geführt.[1]

Nach der Dienstleistungsrichtlinie sind die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, eine Reihe von Vorschriften für die Erbringung von Dienstleistungen auf ihrem Gebiet aus ihrem Rechtsrahmen zu streichen. In der Dienstleistungsrichtlinie ist zudem festgelegt, dass die Mitgliedstaaten gewährleisten müssen, dass die Erbringung von Dienstleistungen in ihren Hoheitsgebieten nur dann bestimmten Anforderungen beispielsweise an die Rechtsform und Beteiligungsverhältnisse unterliegt, wenn diese durch zwingende Gründe des Allgemeininteresses gerechtfertigt und verhältnismäßig sind.

Mit der Dienstleistungsrichtlinie wurden im Einklang mit dem AEUV besondere Regelungen für in anderen Mitgliedstaaten ansässige Anbieter, die ihre Dienstleistungen ausschließlich grenzüberschreitend anbieten, geschaffen. Da diese bereits den Rechtsvorschriften ihres Herkunftsmitgliedstaats unterliegen, sind die Mitgliedstaaten gemäß der Dienstleistungsrichtlinie verpflichtet zu gewährleisten, dass grenzüberschreitend tätige Dienstleister, die Dienstleistungen in ihrem Hoheitsgebiet erbringen wollen, nur den Vorschriften unterliegen, die zum Schutz der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit sowie zum Schutz der Umwelt gerechtfertigt sind und dies nur, soweit sie verhältnismäßig sind.

Trotz der Bemühungen um eine Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie haben die Mitgliedstaaten eine Reihe von Vorschriften beibehalten, die nach wie vor die Erbringung von Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten behindern. Infolgedessen blieb die Wirkung für Unternehmensdienstleister und Baugewerbe begrenzt. 2015 nahm die Kommission eine eingehende Überprüfung der weiterhin bestehenden Hindernisse in wichtigen Unternehmensdienstleistungsbranchen und der Baubranche vor.[2] Die Anbieter in diesen Bereichen sehen sich bei der Erbringung von Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten weiterhin mit regulatorischen Hindernissen wie der Rechtsform, Anforderungen an die Beteiligungsverhältnisse oder der Einhaltung von Versicherungsvorschriften konfrontiert. Deshalb zeigt sich für verschiedene Unternehmensdienstleistungen sowie das Baugewerbe eine geringe EU-Binnenmarktintegration.

Mit dieser Konsultation sollen Meinungen zum Handlungsbedarf beim Abbau dieser Hindernisse sowie verschiedene politische Optionen, die verfolgt werden könnten, und deren mögliche Auswirkungen zusammengetragen werden.

In dieser Konsultation werden die angesprochenen Fragen aus dem Blickwinkel der Dienstleister und Dienstleistungskunden betrachtet; Probleme im Zusammenhang mit Beschäftigten und der Entsendung von Arbeitnehmern werden nicht behandelt.

Die Ergebnisse dieser öffentlichen Konsultation greifen etwaigen künftigen Maßnahmen der Kommission nicht vor.

Im Einklang mit den Grundsätzen der besseren Rechtsetzung werden die Konsultationsergebnisse ordnungsgemäß veröffentlicht, vorausgesetzt die Antwortenden haben einer Offenlegung ihrer Beiträge zugestimmt.

Die Öffentlichkeit wird ferner auf die gleichzeitige Konsultation zum Baugewerbe [[http://ec.europa.eu/growth/tools-databases/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item\\_id=8725](http://ec.europa.eu/growth/tools-databases/newsroom/cf/itemdetail.cfm?item_id=8725)] und die bevorstehende Konsultation zu reglementierten Berufen hingewiesen.

**Dieser Fragebogen gliedert sich in mehrere, voneinander unabhängige Abschnitte. Je nach Erfahrung und Interessenlage können Sie die Fragen nur eines Abschnitts, mehrerer oder auch aller Abschnitte des Fragebogens beantworten.**

Abschnitte B.1 und B.9 sind von allgemeinem Interesse, Abschnitte B.2 und B.4 bis B.6 dürften die Unternehmensdienstleister und das Baugewerbe betreffen, während die Abschnitte B.3 und B.5 für die Dienstleistungskunden in jenen Branchen relevant sind. Abschnitt B.7 ist an die Versicherer von Dienstleistungen gerichtet. Abschnitt B.8 betrifft die nationalen Behörden, die für Dienstleistungen zuständig sind. Bitte klicken Sie direkt auf den Abschnitt, der Sie interessiert:

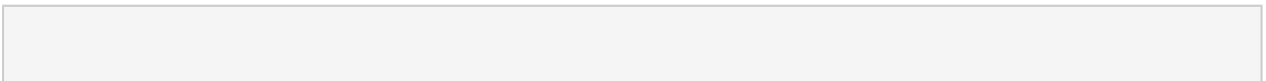
- Abschnitt B. 1: Fragen zu den Dienstleistungsbranchen im Allgemeinen (außer Unternehmensdienstleistungen und Bauleistungen) [Fragen 10 bis 15]
- Abschnitt B. 2: Fragen zu Unternehmensdienstleistungen – Perspektive der Dienstleister [Fragen 16 bis 46]
- Abschnitt B. 3: Fragen zu Unternehmensdienstleistungen – Perspektive der Kunden [Fragen 47 bis 52]
- Abschnitt B. 4: Fragen zu Bauleistungen – Perspektive der Dienstleister [Fragen 53 bis 77]
- Abschnitt B. 5: Fragen zu Bauleistungen – Perspektive der Kunden [Fragen 78 bis 82]
- Abschnitt B. 6: Fragen zu Versicherungen – Perspektive der Dienstleister [Fragen 83 bis 96]
- Abschnitt B. 7: Fragen zu Versicherungen – Perspektive der Versicherer [Fragen 97 bis 100]
- Abschnitt B. 8: Fragen für nationale Behörden [Fragen 101 bis 107]
- Abschnitt B. 9: Allgemeine Fragen zur Reichweite der Maßnahmen [Fragen 108 bis 111]

----

[1] Nähere Einzelheiten zur Dienstleistungsrichtlinie und deren Umsetzung siehe: [http://ec.europa.eu/growth/single-market/services/services-directive/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/growth/single-market/services/services-directive/index_en.htm)

[2] Für Unternehmensdienstleistungen, siehe: <http://ec.europa.eu/DocsRoom/documents/13328/attachments/1/translations/en/renditions/native>

Für das Baugewerbe, siehe: [http://ec.europa.eu/growth/single-market/services/construction/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/growth/single-market/services/construction/index_en.htm)



## A - Informationen zum Befragten

---

\*

### 1. Bitte geben Sie an, in welcher Eigenschaft Sie an dieser Konsultation teilnehmen:

- Dienstleistungsunternehmen
- Nutzer von Dienstleistungen
- Verbraucherverband
- Behörde
- Unternehmensorganisation (einschließlich Verbände, Handelskammern usw.)
- Gewerkschaft
- Forschungseinrichtung/Think-Tank
- Organ, z. B. nationales oder regionales Parlament
- Bürger
- Andere

\*

Bitte machen Sie nähere Angaben:

*höchstens 500 Zeichen*

Die Wirtschaftsprüferkammer ist die mit hoheitlichen Aufgaben betraute bundeseinheitliche Berufsorganisation, deren Mitglieder alle Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Buchprüfungsgesellschaften sind. Nachfolgend wird WP/vBP als Abkürzung für alle Mitglieder der Wirtschaftsprüferkammer verwandt. Die Wirtschaftsprüferkammer ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

\*

**3. Bitte geben Sie das Land Ihres Wohnsitzes oder Ihrer Niederlassung an (bei multinationalen Unternehmen das Land des Hauptsitzes):**

- Österreich
- Belgien
- Bulgarien
- Kroatien
- Zypern
- Tschechische Republik
- Dänemark
- Estland
- Finnland
- Frankreich
- Deutschland
- Griechenland
- Ungarn
- Irland
- Italien
- Lettland
- Litauen
- Luxemburg
- Malta
- Niederlande
- Polen
- Portugal
- Rumänien
- Slowakische Republik
- Slowenien
- Spanien
- Schweden
- Vereinigtes Königreich
- EWR-Land
- Land außerhalb des EWR

**\*4. Geben Sie bitte an, ob Sie eine Niederlassung in einem anderen Mitgliedstaat als dem Ihres Hauptsitzes haben:**

- Ja
- Nein

**5. Bitte geben Sie Ihre Kontaktdaten an (Name der Organisation und/oder persönlicher Namen, Anschrift und E-Mail-Adresse):**

*Bitte beachten Sie, dass anonym eingereichte Beiträge weder veröffentlicht noch berücksichtigt werden.*

Wirtschaftsprüferkammer, Rauchstraße 26, 10787 Berlin, Deutschland  
Telefon: 0049 30 726161-0 oder -258; Telefax: 0049 30 726161-212  
E-Mail: kontakt@wpk.de; antje.kosterka@wpk.de

**\*6. Wären Sie damit einverstanden, von der Europäischen Kommission zu eventuellen, an Ihre Antworten anknüpfenden Fragen kontaktiert zu werden?**

- Ja  
 Nein

**\*7. Bitte geben Sie die Eintragsnummer Ihrer Organisation im Transparenz-Register an**

*Zur Überprüfung klicken Sie bitte auf folgenden Link:*

<http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/search.do?reset=&locale=de#de>

*Hinweis: Antwortet Ihre Organisation/Institution, ohne eingetragen zu sein,*

*wertet die Europäische Kommission die Eingabe als Meinungsäußerung einer Einzelperson und veröffentlicht sie auch als solche. Ist die Antwort "Nein" oder "nicht relevant", geben Sie dies bitte auch nachfolgend an.*

025461722574-14

**\*8. Die eingehenden Beiträge können mit Angabe der Identität der Autoren auf der Website der Kommission veröffentlicht werden..**

**Bitte geben Sie Ihre Präferenz für die Veröffentlichung Ihrer Antwort an:**

*Bitte beachten Sie, dass Ihr Beitrag ungeachtet der von Ihnen ausgewählten Option, Gegenstand eines Antrags auf Zugang zu Dokumenten gemäß Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission sein kann. In diesem Fall wird der Antrag entsprechend der in der Verordnung niedergelegten Bedingungen und in Übereinstimmung mit den geltenden Datenschutzbestimmungen geprüft.*

- Mein Beitrag darf unter dem angegebenen Namen veröffentlicht werden; ich erkläre hiermit, dass kein Teil davon urheberrechtlichen Einschränkungen unterliegt, die einer Veröffentlichung entgegenstehen.
- Mein Beitrag darf anonym veröffentlicht werden; ich erkläre hiermit, dass kein Teil davon urheberrechtlichen Einschränkungen unterliegt, die einer Veröffentlichung entgegenstehen.
- Ich stimme einer Veröffentlichung meines Beitrages nicht zu.

\*

**9. Auf welchen Teil dieser Konsultation möchten Sie antworten? (Mehrfachauswahl möglich)**

- Fragen zu den Dienstleistungssektoren im Allgemeinen (außer Unternehmens- und Baudienstleistungen) *[insgesamt 6 Fragen]*
- Fragen zu Unternehmensdienstleistungen – Perspektive der Dienstleister *[insgesamt 31 Fragen]*
- Fragen zu Unternehmensdienstleistungen – Perspektive der Kunden *[insgesamt 6 Fragen]*
- Fragen zu Bauleistungen – Perspektive der Dienstleister *[insgesamt 25 Fragen]*
- Fragen zu Bauleistungen – Perspektive der Kunden *[insgesamt 5 Fragen]*
- Fragen zur Versicherung – Perspektive der Dienstleister *[insgesamt 14 Fragen]*
- Fragen zur Versicherung – Perspektive der Versicherer *[insgesamt 4 Fragen]*
- Fragen für nationale Behörden *[insgesamt 7 Fragen]*
- Allgemeine Fragen zur Reichweite der Maßnahmen *[insgesamt 4 Fragen]*

## B.2 - Fragen zu Unternehmensdienstleistungen – Perspektive der Dienstleister

---

### I - Binnenmarkt für Unternehmensdienstleistungen – derzeitige Situation

**16. Üben Sie Tätigkeiten in einem oder mehreren anderen Mitgliedstaaten als Ihrem Herkunftsmitgliedstaat aus?**

- Ja, ich erbringe grenzüberschreitende Dienstleistungen, ohne dort eine feste Niederlassung zu haben
- Ja, ich erbringe Dienstleistungen mit ständiger Präsenz (Zweigstelle, Agentur oder Tochterunternehmen) in einem oder mehreren anderen Mitgliedstaaten
- Nein, ich erbringe Dienstleistungen nur in meinem Herkunftsmitgliedstaat
- Nicht zutreffend

**17. Möchten Sie Dienstleistungen in einem oder mehreren anderen Mitgliedstaaten als Ihrem Herkunftsmitgliedstaat erbringen? Was würden Sie bevorzugen? (Mehrfachauswahl möglich)**

- Nein, ich möchte keine Dienstleistungen in einem oder mehreren anderen Mitgliedstaaten erbringen
- Ja, jedoch ohne dort eine ständige Präsenz einzurichten
- Ja, mit ständiger Präsenz in anderen Mitgliedstaaten in Form einer Zweigstelle (eine offiziell eingetragene Präsenz)
- Ja, mit einer ständigen Präsenz in anderen Mitgliedstaaten in Form eines Tochterunternehmens (ein zu diesem Zweck gegründetes, eigenständiges Rechtssubjekt)
- Ja, mit einer ständigen Präsenz in anderen Mitgliedstaaten in anderer Form
- Nicht zutreffend



Bitte machen Sie nähere Angaben:

*höchstens 500 Zeichen*

Dies gilt beispielhaft für viele WP/vBP, die ihre Leistungen nur in Deutschland erbringen möchten, da sie hier das Rechts- und Fachwissen und die Sprache beherrschen. Sie sind aber EU-weiten Dienstleistungen gegenüber offen und Mitglied in einer/m europäischen/internationalen Netzwerk/Kooperation mit Berufsangehörigen anderer Mitgliedstaaten, die über die dort erforderlichen Kenntnisse verfügen und die Beratung eines Unternehmens vor Ort übernehmen. Zweitniederlassungen sind daher entbehrlich.

**18. Welche wichtigsten Herausforderungen/Probleme müssen Dienstleister bewältigen, um ihre Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten anzubieten?**

*Bitte kreuzen Sie das entsprechende Feld an, für jede Antwortkategorie ist nur eine Auswahlmöglichkeit gestattet.*

	Überhaupt nicht wichtig	Eher unwichtig	Ziemlich wichtig	Sehr wichtig	Keine Meinung
Verwaltungsangelegenheiten (Verfahrensdauer, geringe Digitalisierung usw.)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Regulatorische Angelegenheiten (Genehmigungen, Registrierungen, Versicherung, Arbeitsrecht, Steuern usw.)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Hindernisse durch marktorientierte inländische Dienstleistungsnormen, Konformitätsbewertungsverfahren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kulturelle Besonderheiten (Sprachprobleme, Kultur, fehlendes Vertrauen usw.)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Unzureichende Kenntnis des Zielmarkts	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Ungenügende Ressourcen für eine Expansion in andere Mitgliedstaaten (Personal, Kapital usw.)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Andere Risiken (Handelsstreitigkeiten, Zahlungseintreibung usw.)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

**Administrative Hindernisse:**

**19. Welche der folgenden sind wichtige administrative Hindernisse, denen Dienstleister gegenüber stehen, wenn sie Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten erbringen wollen?**

*Skala: von 1 = „nicht belastend“ bis 5 = „äußerst belastend“*

	1	2	3	4	5	Weiß nicht
Schwierigkeiten beim Zugang zu den notwendigen Informationen über in anderen Mitgliedstaaten geltende Vorschriften und Verfahren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Von den nationalen Behörden des anderen Mitgliedstaats auferlegte, lange und komplexe Verfahren, um in diesem Mitgliedstaat Dienstleistungen erbringen zu können	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Fehlen elektronischer Möglichkeiten zur Abwicklung der von den Behörden des anderen Mitgliedstaats auferlegten Verfahren, um in diesem Dienstleistungen erbringen zu können	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Notwendigkeit, mehrere Behörden des Aufnahmemitgliedsstaats einzeln zu kontaktieren, um Dienstleistungen im Aufnahmemitgliedsstaat zu erbringen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Fehlendes Vertrauen der Behörden des Aufnahmemitgliedstaats gegenüber den Behörden und/oder Dienstleistern anderer Mitgliedstaaten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Notwendigkeit, im <u>Herkunftsmitgliedstaat</u> ausgestellte, beglaubigte oder beurkundete Unterlagen vorzulegen, um die Verfahren zur Erbringung von Dienstleistungen in diesem Mitgliedstaat abzuwickeln	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Notwendigkeit, im <u>Aufnahmemitgliedstaat</u> ausgestellte, beglaubigte oder beurkundete Unterlagen vorzulegen, um die Verfahren zur Erbringung von Dienstleistungen in diesem Mitgliedstaat abzuwickeln	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Vorgeschriebene Übersetzung von Dokumenten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Andere (bitte kreuzen Sie Kästchen 1 an und beantworten Sie die nachfolgende Frage)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Bitte machen Sie nähere Angaben:

*höchstens 500 Zeichen*

**Regulatorische Hindernisse:**

*Dieser Abschnitt enthält Fragen zu den regulatorischen Hindernissen (d. h. den Auflagen der Mitgliedstaaten für den Zugang zu ihren Märkten) in folgenden Unternehmensdienstleistungsbranchen: Rechnungswesen im Allgemeinen, Architekturleistungen und Ingenieursleistungen. Andere Unternehmensdienstleistungen (z. B. rechtsbesorgende Dienstleistungen) werden nicht behandelt.*

Nationale Regelungen erfordern häufig, dass Dienstleister spezifische Rechtsformen (wie Partnerschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung) besitzen. Infolgedessen besteht die Möglichkeit, dass nicht jeder in einem anderen Mitgliedstaat gegründeten Unternehmensform der Zugang zum Markt gewährt wird.

**20. Sind Sie der Ansicht, dass es den Dienstleistern dadurch erschwert wird, grenzüberschreitende Dienstleistungen in einem Mitgliedstaat, der derartige Anforderungen stellt, zu erbringen?**

- Ja, es hat erhebliche Auswirkungen
- Ja, es hat Auswirkungen
- Eher weniger Auswirkungen
- Überhaupt keine Auswirkungen
- Weiß nicht

Bitte machen Sie weitere Angaben zu diesen Auswirkungen.

*höchstens 500 Zeichen*

**21. Sind Sie der Ansicht, dass es den Dienstleistern dadurch erschwert wird, eine Zweigstelle oder Agentur in einem Mitgliedstaat, der derartige Anforderungen stellt, zu gründen?**

- Ja, es hat erhebliche Auswirkungen
- Ja, es hat Auswirkungen
- Eher weniger Auswirkungen
- Überhaupt keine Auswirkungen
- Weiß nicht

Bitte erläutern Sie diese Auswirkungen näher.

*höchstens 500 Zeichen*

**22. Haben derartige Vorschriften Ihrer Erfahrung nach eine mögliche Expansion Ihrer Geschäftstätigkeiten auf den Markt eines anderen Mitgliedstaats verlangsamt oder verhindert?**

- Ja
- Nein
- Nicht zutreffend

Beschreiben Sie bitte die Situation, z. B.: In welchem Land geschah dies? Wie sind Sie mit der Situation umgegangen? Wie viel Zeit hat dies in Anspruch genommen? Wie hoch waren die Kosten?

*höchstens 1000 Zeichen*

**23. Wurde Ihnen Ihrer Erfahrung nach jemals die Errichtung einer bestimmten Form oder Art lokaler Infrastruktur, wie eine Kammer oder ein Amt, die zur Erbringung Ihrer grenzübergreifenden Dienstleistungen im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats erforderlich war, verweigert?**

- Ja
- Nein

Bitte machen Sie nähere Angaben:

*höchstens 500 Zeichen*

Nationale Vorschriften bestimmen häufig, dass ein bestimmter Teil der Anteile (hauptsächlich Stimmrechte) von qualifizierten Fachleuten gehalten werden.

**24. Sind Sie der Ansicht, dass es den Dienstleistern dadurch erschwert wird, grenzüberschreitende Dienstleistungen in einem Mitgliedstaat, der derartige Anforderungen stellt, zu erbringen?**

- Ja, es hat erhebliche Auswirkungen
- Ja, es hat Auswirkungen
- Eher weniger Auswirkungen
- Überhaupt keine Auswirkungen
- Weiß nicht

Bitte gehen Sie vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen näher auf diese Auswirkungen ein:

*höchstens 500 Zeichen*

**25. Sind Sie der Ansicht, dass es den Dienstleistern dadurch erschwert wird, eine Zweigstelle oder Agentur in einem Mitgliedstaat, der derartige Anforderungen stellt, zu gründen?**

- Ja, es hat erhebliche Auswirkungen
- Ja, es hat Auswirkungen
- Eher weniger Auswirkungen
- Überhaupt keine Auswirkungen
- Weiß nicht

Bitte gehen Sie vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen näher auf diese Auswirkungen ein:

*höchstens 500 Zeichen*

**26. Haben derartige Vorschriften Ihrer Erfahrung nach eine mögliche Expansion Ihrer Geschäftstätigkeiten auf den Markt eines anderen Mitgliedstaats verlangsamt oder verhindert?**

- Ja
- Nein
- Nicht zutreffend

Beschreiben Sie bitte die Situation, z. B.: In welchem Land geschah dies? Wie sind Sie mit der Situation umgegangen? Wie viel Zeit hat dies in Anspruch genommen? Wie hoch waren die Kosten?

*höchstens 1000 Zeichen*

Nationale Vorschriften bestimmen häufig, dass bestimmte Führungspositionen ausschließlich mit qualifizierten Fachleuten besetzt werden.

**27. Sind Sie der Ansicht, dass es den Dienstleistern dadurch erschwert wird, grenzüberschreitende Dienstleistungen in einem Mitgliedstaat, der derartige Anforderungen stellt, zu erbringen?**

- Ja, es hat erhebliche Auswirkungen
- Ja, es hat Auswirkungen
- Eher weniger Auswirkungen
- Überhaupt keine Auswirkungen
- Weiß nicht

Bitte gehen Sie vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen näher auf diese Auswirkungen ein:

*höchstens 500 Zeichen*



**28. Sind Sie der Ansicht, dass es den Dienstleistern dadurch erschwert wird, eine Zweigstelle oder Agentur in einem Mitgliedstaat, der derartige Anforderungen stellt, zu gründen?**

- Ja, es hat erhebliche Auswirkungen
- Ja, es hat Auswirkungen
- Eher weniger Auswirkungen
- Überhaupt keine Auswirkungen
- Weiß nicht

Bitte gehen Sie vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen näher auf diese Auswirkungen ein:

*höchstens 500 Zeichen*

**29. Haben derartige Vorschriften Ihrer Erfahrung nach eine mögliche Expansion Ihrer Geschäftstätigkeiten auf den Markt eines anderen Mitgliedstaats verlangsamt oder verhindert?**

- Ja
- Nein
- Nicht zutreffend

Beschreiben Sie bitte die Situation, z. B.: In welchem Land geschah dies? Wie sind Sie mit der Situation umgegangen? Wie viel Zeit hat dies in Anspruch genommen? Wie hoch waren die Kosten?

*höchstens 1000 Zeichen*

Die Vorschriften einiger Mitgliedstaaten verbieten die gemeinsame Ausübung bestimmter unterschiedlicher beruflicher Tätigkeiten durch Unternehmen.

**30. Sind Sie der Ansicht, dass es den Dienstleistern dadurch erschwert wird, grenzüberschreitende Dienstleistungen in einem Mitgliedstaat, der derartige Anforderungen stellt, zu erbringen?**

- Ja, es hat erhebliche Auswirkungen
- Ja, es hat Auswirkungen
- Eher weniger Auswirkungen
- Überhaupt keine Auswirkungen
- Weiß nicht

Bitte gehen Sie vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen näher auf diese Auswirkungen ein:

*höchstens 500 Zeichen*

**31. Sind Sie der Ansicht, dass es den Dienstleistern dadurch erschwert wird, eine Zweigstelle oder Agentur in einem Mitgliedstaat, der derartige Anforderungen stellt, zu gründen?**

- Ja, es hat erhebliche Auswirkungen
- Ja, es hat Auswirkungen
- Eher weniger Auswirkungen
- Überhaupt keine Auswirkungen
- Weiß nicht

Bitte gehen Sie vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen näher auf diese Auswirkungen ein:

*höchstens 500 Zeichen*

**32. Haben derartige Vorschriften Ihrer Erfahrung nach eine mögliche Expansion Ihrer Geschäftstätigkeiten auf den Markt eines anderen Mitgliedstaats verlangsamt oder verhindert?**

- Ja
- Nein
- Nicht zutreffend

Beschreiben Sie bitte die Situation, z. B.: In welchem Land geschah dies? Wie sind Sie mit der Situation umgegangen? Wie viel Zeit hat dies in Anspruch genommen? Wie hoch waren die Kosten?

*höchstens 1000 Zeichen*

**33. Erschweren alle oder einige der folgenden, in Ihrem Mitgliedstaat geltenden Anforderungen auch den Markteintritt in Ihrem Herkunftsmitgliedstaat: Anforderungen an die Rechtsform und/oder die Beteiligungsverhältnisse und/oder die Betriebsführung und/oder multidisziplinäre Einschränkungen?**

- Ja
- Nein
- Weiß nicht

Beschreiben Sie bitte warum:

*höchstens 1000 Zeichen*

Beschreiben Sie bitte warum nicht:

*höchstens 1000 Zeichen*

### Hindernisse durch nationale Normen:

Behörden können die Einhaltung einer nationalen Dienstleistungsnorm oder eines nationalen Konformitätsbewertungsverfahrens verlangen. Von in anderen Mitgliedstaaten ansässigen Anbietern kann daher für ihre Tätigkeiten in einem Aufnahmeland gefordert werden, ein auf Grundlage eines nationalen Zertifizierungssystems ausgestelltes nationales Zertifikat zu beziehen.

#### **34. Haben derartige Vorschriften Ihrer Erfahrung nach eine mögliche Expansion Ihrer Geschäftstätigkeiten auf den Markt eines anderen Mitgliedstaats verlangsamt oder verhindert?**

- Ja
- Nein
- Nicht zutreffend

Beschreiben Sie bitte die Situation, z. B.: In welchem Land geschah dies? Wie sind Sie mit der Situation umgegangen? Wie viel Zeit hat dies in Anspruch genommen? Wie hoch waren die Kosten?

*höchstens 1000 Zeichen*

Durch den Markt können Normung und Zertifizierung gefordert werden, wodurch der Zugang von Unternehmen zu diesem Markt erschwert werden kann.

#### **35. Haben derartige Vorschriften Ihrer Erfahrung nach eine mögliche Expansion Ihrer Geschäftstätigkeiten auf den Markt eines anderen Mitgliedstaats verlangsamt oder verhindert?**

- Ja
- Nein
- Nicht zutreffend

Beschreiben Sie bitte die Situation, z. B.: In welchem Land geschah dies? Wie sind Sie mit der Situation umgegangen? Wie viel Zeit hat dies in Anspruch genommen? Wie hoch waren die Kosten?

*höchstens 1000 Zeichen*

## II - Notwendigkeit von Maßnahmen und mögliche politische Ziele

#### **36. Sollten Maßnahmen auf EU-Ebene ergriffen werden, um den Verwaltungsaufwand für Dienstleister, die ihre Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten erbringen möchten, zu verringern?**

- Ja, legislative Maßnahmen auf EU-Ebene sind erforderlich, um den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern
- Nein, die bestehenden Rahmenbedingungen und Instrumente (z. B. einzige Anlaufstellen) sind ausreichend
- Weiß nicht

**37. Sollten Maßnahmen auf EU-Ebene ergriffen werden, um die regulatorischen Rahmenbedingungen für Dienstleister, die ihre Tätigkeiten auf andere Mitgliedstaaten ausweiten möchten, zu erleichtern?**

- Ja, legislative Maßnahmen auf EU-Ebene sind erforderlich, um das regulatorische Umfeld für Unternehmen zu verbessern
- Nein, es sind keine weiteren Maßnahmen erforderlich
- Weiß nicht

### **III- Politische Optionen und Auswirkungen**

***Administrative Hindernisse:***

**38. Was sollten die Ziele der (gegebenenfalls) zu ergreifenden Maßnahmen insbesondere in Bezug auf administrative Hürden sein? (Mehrfachauswahl möglich)**

- Verbesserung der Zugänglichkeit von Informationen über in anderen Mitgliedstaaten geltenden Vorschriften und Verfahren
- Verringerung der Komplexität und Länge der durch die Behörden auferlegten Verfahren zur Erbringung von Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten
- Angebot elektronischer Möglichkeiten zur Abwicklung der durch die Behörden auferlegten Verfahren zur Erbringung von Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten
- Vermeidung der Notwendigkeit der mehrfachen Übermittlung der gleichen Unterlagen durch den Dienstleister
- Stärkung des Vertrauens zwischen den Behörden im Herkunfts- und im Aufnahmemitgliedstaat in Bezug auf Informationen über Anbieter grenzüberschreitender Dienstleistungen
- Gewährleistung einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Behörden im Herkunfts- und im Aufnahmemitgliedstaat hinsichtlich der Anträge/Meldungen von Dienstleistern zur Aufnahme grenzüberschreitender Tätigkeiten
- Ermöglichung der Anerkennung von im Herkunftsmitgliedstaat ausgestellten Unterlagen zur Abwicklung der Verfahren für die Gründung oder die Erbringung von Dienstleistungen in anderen Hoheitsgebieten
- Mehr Unterstützung durch die Behörden anderer Mitgliedstaaten bei der Abwicklung der Verfahren zur Erbringung von Dienstleistungen in deren Hoheitsgebiet
- Abbau der Anforderungen an die Übersetzung von Dokumenten
- Abbau der Anforderung der Übersetzung von Dokumenten und der Beglaubigung dieser Übersetzungen gemäß den Vorschriften des Aufnahmemitgliedstaats
- Es sollten keine Maßnahmen ergriffen werden
- Andere
- Weiß nicht

Bitte machen Sie nähere Angaben:

*höchstens 500 Zeichen*

Die bereits vorhandenen Maßnahmen (Einheitlicher Ansprechpartner, IMI) verfolgen bereits diese Ziele und sollten zunächst einmal optimiert und verbessert werden, bevor neue Maßnahmen (z. B. Dienstleistungspass) in Betracht gezogen werden.

Bitte gehen Sie vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen näher auf diese Auswirkungen ein:

*höchstens 500 Zeichen*

**Regulatorische Hindernisse:**

*Dieser Abschnitt enthält Fragen zu den regulatorischen Hindernissen in folgenden Unternehmensdienstleistungsbranchen: Rechnungswesen, Architekturleistungen und Ingenieursleistungen. Andere Unternehmensdienstleistungen (z. B. rechtsbesorgende Dienstleistungen) werden nicht behandelt.*

**39. Welche folgenden Anforderungen sollten behandelt werden, um zu gewährleisten, dass die Dienstleister weniger Problemen gegenüberstehen? (Mehrfachauswahl möglich)**

- Nationale Vorschriften, nach denen Dienstleister bestimmte Rechtsformen besitzen müssen
- Anforderungen, dass ein bestimmter Teil der Anteile von qualifizierten Fachleuten gehalten wird
- Anforderungen, dass ein bestimmter Teil der Stimmrechte von qualifizierten Fachleuten gehalten wird
- Anforderung, dass Führungspositionen ausschließlich mit qualifizierten Fachleuten besetzt werden
- Einschränkungen bei der gemeinsamen Ausübung bestimmter beruflicher Tätigkeiten durch Unternehmen
- Andere
- Keine
- Weiß nicht

Bitte machen Sie nähere Angaben:

*höchstens 500 Zeichen*

Vor dem Hintergrund, dass ein Großteil der WP/vBP eine Dienstleistungserbringung im Ausland über Netzwerkpartner gewährleisten, treten insoweit keine Probleme auf. Unternehmen, die Waren ins europäische Ausland exportieren wollen, stehen daher nicht vor der Frage, ob sie ihren nationalen Dienstleister "mitnehmen" wollen. Für EU/EWR-Abschlussprüfungsgesellschaften, die in Deutschland tätig werden wollen, enthalten die §§ 131 ff. WPO Vereinfachungen (vgl. Artikel 3a der Richtlinie 2006/43/EG).

Bitte gehen Sie vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen näher auf diese Auswirkungen ein:

*höchstens 500 Zeichen*

**40. Welche der folgenden Maßnahmen sollten ergriffen werden, um zu gewährleisten, dass Dienstleister, die in andere Mitgliedstaaten expandieren möchten, weniger Hindernissen gegenüberstehen? (Mehrfachauswahl möglich)**

- Die Unternehmensform eines Dienstleisters entsprechend den Gesetzen des Niederlassungsmitgliedstaats sollte vom Mitgliedstaat der Zweitniederlassung, der für die Erbringung von Dienstleistungen eine bestimmte Rechtsform verlangt, akzeptiert werden
- Eine Beteiligungsstruktur sollte nicht geändert werden müssen, um in einem anderen Mitgliedstaat Dienstleistungen zu erbringen
- Eine Stimmrecht-Struktur sollte nicht geändert werden müssen, um in einem anderen Mitgliedstaat Dienstleistungen zu erbringen
- Eine Führungsstruktur sollte nicht geändert werden müssen, um in einem anderen Mitgliedstaat Dienstleistungen zu erbringen
- Geschäftsmodelle von Dienstleistern, die multidisziplinäre Dienstleistungen anbieten, sollten von anderen Mitgliedstaaten akzeptiert werden
- Andere
- Weiß nicht

Bitte machen Sie nähere Angaben:

*höchstens 500 Zeichen*

Wie zu Nr. 38 ausgeführt, sollten zunächst einmal nur die bereits vorhandenen Maßnahmen optimiert werden. Ohnehin sieht ein Großteil der WP/vBP aufgrund ihrer Netzwerkmitgliedschaft nicht die Notwendigkeit, im EU-Ausland tätig zu werden. Für EU/EWR-Abschlussprüfungsgesellschaften, die in Deutschland tätig werden wollen, enthalten die §§ 131 ff. WPO Vereinfachungen (vgl. Artikel 3a der Richtlinie 2007/43/EG).

**41. Sollte es Mitgliedstaaten im Fall von Zweitniederlassungen (Zweigstellen und Agenturen) gestattet werden, Schutzmaßnahmen gegenüber Dienstleistern aus anderen Mitgliedstaaten zu ergreifen, wenn diese durch politische Ziele wie den Schutz der Dienstleistungsempfänger gerechtfertigt sind?**

- Ja, den Mitgliedstaaten sollte gestattet werden, zu verlangen, dass eine den Gesetzen dieses Mitgliedstaats entsprechend qualifizierte, lokal verantwortliche Person die Dienstleistungserbringung überwacht
- Ja, es sollte den Mitgliedstaaten gestattet sein, den Unternehmen Rechtstitel vorzubehalten, deren Besitzer oder Führungskräfte Fachleute sind
- Ja, es sollte Mitgliedstaaten gestattet sein, Unternehmen mit einem weiteren Sitz in einem anderen Mitgliedstaat interne Compliance-Richtlinien aufzuerlegen, um Interessenkonflikte zu vermeiden und ihnen zu gestatten, mehr multidisziplinäre Tätigkeiten anzubieten
- Andere
- Keine
- Weiß nicht

**42. Ist es erforderlich, den Regelungsaufwand durch Vorschriften zu Rechtsform, Beteiligungsverhältnissen, Führungspositionen und multidisziplinären Einschränkungen auch für inländische Dienstleister zu verringern? (Mehrfachauswahl möglich)**

- Ja, da dies für alle Beteiligten eine Erleichterung des Dienstleistungsverkehrs auf dem Binnenmarkt bedeuten würde
- Ja, da es den kleineren Unternehmen in dieser Branche das Leben erleichtern würde
- Ja, dies sollte jedoch nicht durch ein Eingreifen der EU geschehen
- Nein, es ist nicht erforderlich die Regelungen für inländische Dienstleister zu ändern/vereinfachen
- Weiß nicht

**43. Welche der folgenden Maßnahmen sollten ergriffen werden, um zu gewährleisten, dass Dienstleister (in- und ausländische) weniger Hindernissen gegenüberstehen? (Mehrfachauswahl möglich)**

- Das EU-Recht sollte festlegen, dass Rechtsformen, die in einem bestimmten Mitgliedstaat zur Verfügung stehen, von allen anderen Mitgliedstaaten akzeptiert werden
- Das EU-Recht sollte die Anforderungen an die Beteiligungsverhältnisse aufheben, da diese Investitionen verhindern
- Das EU-Recht sollte die Anforderungen an die Führungspositionen festlegen, die Anforderungen an Beteiligungsverhältnisse und Stimmrechte jedoch aufheben
- Das EU-Recht sollte die Mindestschwelle der Stimmrechte, die sich in der Hand von Fachleuten oder anderen Fachunternehmen befinden müssen, festlegen
- Das EU-Recht sollte von Unternehmen zu gewährleistende interne Einhaltungsverfahren festlegen, jedoch bestimmte Einschränkungen zu gemeinsamen Tätigkeiten aufheben
- Andere
- Es sollten keine Maßnahmen ergriffen werden
- Weiß nicht

Bitte machen Sie nähere Angaben:

*höchstens 500 Zeichen*

Die Regelungskompetenz der Mitgliedstaaten für Regelungen zum Berufszugang und zur Berufsausübung der WP/vBP muss beibehalten werden. Hinsichtlich zulässiger Rechtsformen wurde das Berufsrecht für WP/vBP erst kürzlich reformiert und für sämtliche europäischen Rechtsformen geöffnet (§ 27 WPO). Das dem Verbraucherschutz und der Qualitätssicherung der Berufsausübung dienende, deutsche Fremdkapitalverbot darf ebenfalls nicht abgeschafft werden.

**Erwartete Auswirkungen:**

**44. Was wären die Auswirkungen eines Abbaus der administrativen Hindernisse beispielsweise durch die Reduzierung der Komplexität und Dauer der Verfahren für den Marktzugang und die Gewährleistung einer besseren Zusammenarbeit zwischen Herkunfts- und Aufnahmemitgliedstaaten?**

*Skala: von 1 = „keine Auswirkungen“ bis 5 = „erhebliche Auswirkungen“*

	1	2	3	4	5	Weiß nicht
Dienstleister, die Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten erbringen, sparen Kosten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Mehr Dienstleister werden ihre Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten anbieten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kunden wird eine größere Auswahl geboten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmensdienstleistungsbranche der EU werden gesteigert	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Kosten der Dienstleister steigen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Kosten der öffentlichen Verwaltungen steigen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es wird sich praktisch nicht viel ändern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>



Bitte gehen Sie vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen näher auf diese Auswirkungen ein:

*höchstens 500 Zeichen*

**45. Was wären die Auswirkungen, würde die Einhaltung der regulatorischen Anforderungen (bezüglich Rechtsform, Beteiligungsverhältnissen, Stimmrechten, Führungspositionen und gemeinsamen Tätigkeiten) für Dienstleister aus anderen Mitgliedstaaten erleichtert?**

*Skala: von 1 = „keine Auswirkungen“ bis 5 = „erhebliche Auswirkungen“*

	1	2	3	4	5	Weiß nicht
Dienstleister, die Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten erbringen, sparen Kosten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Mehr Dienstleister werden ihre Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten anbieten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Preise für die Kunden werden gesenkt	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kunden wird eine größere Auswahl geboten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit steigen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Kosten der Dienstleister steigen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Kosten der öffentlichen Verwaltungen steigen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es könnte auf diesen Märkten unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen für Dienstleister aus anderen Mitgliedstaaten und nationale Dienstleister verursachen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es wird sich praktisch nicht viel ändern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Bitte gehen Sie vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen näher auf diese Auswirkungen ein:

*höchstens 500 Zeichen*

**46. Was wären die Auswirkungen, würde die Einhaltung der regulatorischen Anforderungen (bezüglich Rechtsform, Beteiligungsverhältnissen, Stimmrechten, Führungspositionen und gemeinsamen Tätigkeiten) für alle Marktteilnehmer erleichtert?**

*Skala: von 1 = „keine Auswirkungen“ bis 5 = „erhebliche Auswirkungen“*

	1	2	3	4	5	Weiß nicht
Dienstleister, die Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten erbringen, sparen Kosten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dienstleister, die Dienstleistungen in diesem Mitgliedstaaten erbringen, sparen Kosten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Mehr Dienstleister werden ihre Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten anbieten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Mehr Dienstleister werden in den Markt in ihrem eigenen Mitgliedstaaten eintreten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Preise für die Kunden werden gesenkt	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kunden wird eine größere Auswahl geboten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit steigen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Kosten der Dienstleister steigen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Kosten der öffentlichen Verwaltungen steigen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es wird sich praktisch nicht viel ändern	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Weiß nicht	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Bitte gehen Sie vor dem Hintergrund Ihrer Erfahrungen näher auf diese Auswirkungen ein:

*höchstens 500 Zeichen*

## Hier können Sie allgemeine Anmerkungen zu diesem Abschnitt machen:

*höchstens 1000 Zeichen*

Wie unter Nr. 7 ausgeführt, sind die Angaben in B.2 beispielhaft für viele WP/vBP, die im europäischen Ausland mit Netzwerkpartnern kooperieren und sich dort nicht niederlassen wollen. Dienstleister, die EU-weit Leistungen erbringen wollen, sind durch EU-Regelungen zur Anerkennung von Berufsqualifikationen abgesichert. Auch das kürzlich reformierte Berufsrecht für WP/vBP enthält insoweit Erleichterungen (vgl. allgem. Anmerk. zu B.8). Die nationale Regelungskompetenz für Berufsregeln darf nicht angetastet werden. Derzeit vorhandene EU-Maßnahmen sollen zunächst verbessert, bevor neue (z. B. Dienstleistungspass) eingeführt werden. Ein Dienstleistungspass für WP/vBP wird grundsätzlich abgelehnt (vgl. Anmerk. zu Nr. 106 und allgem. Anmerk. zu B.8). Sollte er aus Sicht der Kommission dennoch notwendig sein, muss er so ausgestaltet werden, dass er zu weniger Bürokratie führt und nicht dazu, dass der Empfangsstaat gerechtfertigte Anforderungen an den Dienstleister nicht mehr stellen kann.

## B.8 - Fragen für nationale Behörden

---

**101. Sollten Maßnahmen ergriffen werden, um zu gewährleisten, dass alle für Dienstleister, die Dienstleistungen in einem anderen Mitgliedstaat erbringen möchten, anzuwendenden Verfahren vollständig elektronisch abgewickelt werden?**

- Ja, wir müssen Maßnahmen zur Abschaffung der schriftlichen Formalitäten für Unternehmen und Behörden ergreifen
- Nein, wir sollten es den Mitgliedstaaten überlassen, zu gewährleisten, dass die Verfahren vollständig elektronisch abgewickelt werden
- Weiß nicht

**102. Sind Sie eine im IMI registrierte Behörde?**

- Ja
- Nein

**103. Haben Sie es in den vergangenen drei Jahren genutzt, um mit den Behörden anderer Mitgliedstaaten zu kommunizieren?**

- Ja
- Nein

#### 104. Wie bewerten Sie seine Funktionsweise?

	1	2	3	4	5
<b>Skala von 1 = „sehr ineffizient“ bis 5 = „sehr effizient“</b>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Bitte machen Sie Anmerkungen zu den nicht funktionierenden Punkten:

Das IMI-System wirkt für den Nutzer unübersichtlich. Beispielsweise ist keine Gesamtübersicht aller beantworteten und geschlossenen Anfragen erkennbar. Auch die Beantwortung einzelner Anfragen gestaltet sich im Einzelfall schwierig und wirft Fragen auf.

#### 105. Ist es erforderlich, Maßnahmen zu ergreifen, die es ermöglichen den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten bezüglich der Dienstleister, die in einem Mitgliedstaat ansässig sind und eine Präsenz in einem anderen Mitgliedstaat aufbauen wollen (beispielsweise durch eine Zweigstelle oder Agentur), zu erhöhen und zu erleichtern? (Mehrfachauswahl möglich)

- Ja, Informationen über den Dienstleister aus dem Mitgliedstaat der Hauptniederlassung könnten den Mitgliedstaat der Zweitniederlassung dabei unterstützen, den Antrag des Dienstleisters zu bewerten
- Ja, dies würde das gegenseitige Vertrauen zwischen den Behörden der betreffenden Mitgliedstaaten verbessern
- Nein, es besteht kein Bedarf an mehr Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten
- Weiß nicht

#### 106. Welche Informationen sollten beim Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten enthalten sein? (Mehrfachauswahl möglich)

- Grundlegende Informationen über einen Dienstleister (z. B. Name des Unternehmens)
- Details über die Art der Tätigkeit
- Informationen über die Qualifikation der Berufsangehörigen, entsandte Arbeitnehmer, Gesundheit und Sicherheit
- Informationen über das Strafregister und wirtschaftliche Solvenz/Solidität des Unternehmens
- Informationen über die Einhaltung sektorspezifischer Vorschriften im Herkunftsmitgliedstaat (Genehmigungen usw.).
- Keine der obigen
- Andere
- Weiß nicht

Bitte machen Sie nähere Angaben:

*höchstens 500 Zeichen*

Die WPK hält einen Dienstleistungspass für WP/vBP für nicht erforderlich (vgl. allgemeine Anmerkungen zu B.8). Wichtige Informationen (etwa Familienname, Vorname/Firma einschließlich der gesetzlichen Vertreter; Geschäftsanschrift einschließlich aller Zweigstellen; Berufsbezeichnung) können dem öffentlichen Berufsregister der WPK entnommen werden. Für weiteren Informationsaustausch sollte das IMI-System verbessert werden.

**107. Welche Werkzeuge könnten verwendet oder angepasst werden, um einen besseren Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern?**

- Das Binnenmarktinformationssystem (IMI), *ein 2007 errichtetes IT-basiertes Netzwerk und eine Plattform, über das nationale Behörden sich über eine Vielzahl von den Binnenmarkt betreffenden Gebieten verständigen*
- Ein neues System mit dem die Zusammenarbeit zwischen Herkunfts- und Aufnahmemitgliedstaat gewährleistet wird
- Es besteht kein Bedarf, einen besseren Informationsaustausch zwischen Herkunfts- und Aufnahmemitgliedstaat zu fördern
- Weiß nicht

Geben Sie bitte an, welches:

*höchstens 500 Zeichen*

**Hier können Sie allgemeine Anmerkungen zu diesem Abschnitt machen:**

*höchstens 1000 Zeichen*

Das Berufsrecht der WP/vBP wurde erst kürzlich umfassend reformiert durch Umsetzung/Durchsetzung der Richtlinie (EU) 2006/43/EG und Verordnung (EU) 537/2014. Regelungen zur Anerkennung/Berufsausübung von WP/vBP sind zu großen Teilen bereits dort erfasst. Für die Tätigkeit von EU-/EWR-Abschlussprüfungsgesellschaften in Deutschland gelten künftig §§ 131 - 131b WPO. Danach müssen diese Prüfungsgesellschaften gewisse Voraussetzungen und Meldepflichten gegenüber der WPK erfüllen, um in Deutschland gesetzliche Abschlussprüfungen nach § 316 HGB durchzuführen. Auf die sich gegen einen Dienstleistungspass aussprechenden Anmerkungen zu Frage 106 wird verwiesen. Vor diesem Hintergrund erschließt sich der WPK ein wesentlicher Mehrwert eines Dienstleistungspasses nicht. Die WPK spricht sich dagegen aus, auf diesem Umweg das Herkunftslandprinzip einzuführen.

## Contact

GROW-E1@ec.europa.eu

---